



INSTITUT FÜR FORST- UND UMWELTPOLITIK

20 Jahre forstliche Förderung in Rheinland-Pfalz

Rückblick, Trends und Perspektiven

Marion Jenne
Andy Selter
Ulrich Schraml

Arbeitsbericht 06/2009

ISSN 1865-3863



Fakultät für Forst- und Umweltwissenschaften
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Inhalt

1. Einleitung	2
1.1 Ziel des Berichts	2
1.2 Struktur der Forstwirtschaft in Rheinland-Pfalz	2
1.3 Förderung als Instrument der Forstpolitik	3
1.4 System der forstlichen Förderung	4
1.5 Rahmenbedingungen und Trends der Forstwirtschaft	6
2. Ergebnisse	8
2.1 Entwicklung des Finanzvolumens und der Finanzströme	8
2.2 EU-Kofinanzierung	12
2.3 Entwicklung der Fördermaßnahmen in Bezug auf die forstlichen Rahmenbedingungen	12
2.3.1 Maßnahmen im Zusammenhang mit neuartigen Waldschäden Wiebke und Vivian	13
2.3.2 Erstaufforstung	14
2.3.3 Naturnahe Waldbewirtschaftung	14
2.3.4 Lothar	15
2.3.5 Holzmobilisierung	15
2.3.6 Kyrill	16
2.4 Bewertung der Fördermaßnahmen	17
2.4.1 Erstaufforstung	17
2.4.2 Wiederaufforstung	18
2.4.3 Bodenschutzkalkung	19
2.4.4 Bestandespflege	20
2.4.5 Forstwirtschaftliche Infrastruktur	21
2.4.6 Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	22
2.4.7 Standort- und strukturschwache körperschaftliche Forstbetriebe	23
2.5 Resümee	24
3. Perspektiven	25
3.1 Zukünftige Herausforderungen für die Forstwirtschaft	25
3.2 Folgerungen für die Förderung	25
4. Literaturverzeichnis	27

1. Einleitung

1.1 Ziel des Berichts

Förderung der Forstwirtschaft erfolgt in kleinen Schritten. Wirkungen entstehen aus einer Vielzahl einzelner, vom Umfang her eher kleiner Förderprojekte. Es liegt daher nahe, die Auswirkungen der Förderung in einem mittelfristigen Zeitraum von 20 Jahren zu betrachten, um Schlüsse für die zukünftige forstpolitische Ausrichtung ziehen zu können.

Die Erfahrungen aus der Evaluierung des ZIL-Programms (Zukunftsinitiative Ländlicher Raum), der intensiven Mitarbeit am GAK-Rahmenplan (Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz), am operationellen Programm PAUL (Programm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung) zur Umsetzung von ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raums) und aus der Neugestaltung der rheinland-pfälzischen Fördergrundsätze Forst haben gezeigt, dass eine Analyse und Bewertung der zurückliegenden Förderperioden als Basis für die stetige Weiterentwicklung unabdingbar ist.

Seit 20 Jahren werden umfangreiche Daten zur forstlichen Förderung in Rheinland-Pfalz erhoben und aufbereitet. Die Bundeswaldinventuren 1 und 2 ermöglichen gleichzeitig die Betrachtung der Waldentwicklung im Zeitraum von 1987 bis 2002 (BWI 2002). Die vorliegende Studie baut auf diesen umfangreichen Informationen aus dem Förderbereich der letzten 20 Jahre auf. Sie betrachtet die Schwerpunkte der Förderung vor dem Hintergrund der forstpolitischen Rahmenbedingungen, analysiert die eingetretenen Veränderungen und untersucht die Effizienz der Fördermaßnahmen.

1.2 Struktur der Forstwirtschaft in Rheinland-Pfalz

Aufgrund seiner Fläche von rund 834.000 ha (dies entspricht ca. 42 % der Landesfläche) hat der Wald in Rheinland-Pfalz eine herausragende Bedeutung für den Schutz von Natur, Umwelt und Landschaft. Von dieser Fläche entfallen 27 % auf den Staats-, 47 % auf den Kommunal- und 26 % auf den Privatwald. Kommunal- und Privatwald sind gekennzeichnet durch eine kleinflächige Eigentumsstruktur (durchschnittliche Betriebsgröße im Kommunalwald ca. 200 ha, im Privatwald ca. 0,6 ha).

Häufig stocken die Wälder klimatisch und geologisch bedingt auf ertragsschwachen Standorten, vor allem in den Seitentälern der Flussläufe. Mit hohen Anteilen junger Waldbestände, hervorgegangen aus der Wiederaufforstung nach Kriegszerstörung, Reparationshieben, Sturmkatastrophen oder dem Umbau von Stockausschlagwäldern, weisen die Betriebe häufig noch den Charakter von Aufbaubetrieben auf. Seit 30 Jahren leiden die Forstbetriebe besonders im Norden des Landes unter den zunehmenden Risiken der Fichtenwirtschaft.

Darüber hinaus liegen die Flächen der drei Waldeigentumsarten meist in Gemengelagen. Dies führt zu erheblichen strukturellen Problemen und Mehraufwendungen bei der Bewirtschaftung und dem Erhalt des Waldes, so z.B. beim Bau von Erschließungswegen, bei der Bodenschutzkalkung, bei der Umstellung auf eine naturnahe Bewirtschaftung, der Biotoppflege oder der Zusammenfassung marktgerechter Holzpartien.

Wertvolle Erkenntnisse hat die zweite Bundeswaldinventur (BWI 2) im Jahr 2002 geliefert. So hat die Waldfläche seit 1987, dem Jahr der ersten Bundeswaldinventur (BWI 1), um mehr als 20.000 ha zugenommen. Der Anteil der Mischwälder ist um 17 % auf 79 % angestiegen. Rheinland-Pfalz hat mit 56 % bereits einen hohen Laubwaldanteil. Zu diesem hohen Wert tragen allerdings ca. 100.000 ha Niederwald ganz wesentlich bei.

1.3 Förderung als Instrument der Forstpolitik

Die Förderung ist ein politisches Steuerungsinstrument. Als politische Instrumente werden generell Mittel definiert, welche von politischen Akteuren und dabei vor allem vom Staat zur Erreichung von bestimmten Zielen eingesetzt werden.

Die gebräuchlichste Form der Klassifizierung politischer Steuerungsinstrumente ist deren Einteilung nach dem Steuerungsmedium. Daraus ergeben sich die regulativen, die ökonomischen und die informationellen Instrumente mit folgenden Definitionen:

- „Regulative Instrumente sind alle politischen Regelungseingriffe, die auf formaler Ebene durch Regeln mit Anspruch auf Verbindlichkeit die Handlungen von Gesellschaft und Wirtschaft beeinflussen“.
- „Ökonomische Instrumente sind alle politischen Regelungseingriffe, die auf formaler Ebene durch den Austausch von `ökonomischen Werten` die Handlungen von Gesellschaft und Wirtschaft beeinflussen“.
- „Informationelle Instrumente sind alle politischen Regelungseingriffe, die auf formaler Ebene ausschließlich über Information die Handlungen von Gesellschaft und Wirtschaft beeinflussen“.¹

Allgemein ist mit dem Einsatz von regulativen Instrumenten die größte Sicherheit des gewünschten Eintretens vorgesehener Prozesse gegeben. Im Bereich der Forstwirtschaft sind jedoch die ökonomischen Instrumente von vorrangiger Bedeutung. Der Grund hierfür ist, dass sie deutlich weniger Zwang ausüben als die regulativen Instrumente und sie somit politisch meist einfacher durchzusetzen sind. Zudem ist ihre Steuerungsleistung größer als jene der informationellen Instrumente.²

In der forstlichen Praxis findet sich allerdings auch oft ein „policy-mix“, da sich bestimmte Instrumente ergänzen oder aufeinander aufbauen. Beispielsweise ist eine finanzielle Fördermaßnahme in der Regel auf eine entsprechende gesetzliche Grundlage

¹ KROTT (2001)

² Vgl. AGDW (2002)

zurückzuführen und kann nur durchgeführt werden, wenn die Waldbesitzer ausreichend darüber informiert werden.³

Die forstliche Förderung kann weiterhin in die indirekte und die direkte Förderung eingeteilt werden. Zur indirekten Förderung gehören kostenlose bzw. kostenreduzierte Leistungen des Staates, die Ausbildung oder Beratung von Waldbesitzern, die fallweise oder ständige Betreuung von Forstbetrieben sowie sonstige Dienstleistungen, aber vor allem Sonderregelungen im Bereich der Sozialversicherungen und der Steuerregelungen. Unter die direkte (finanzielle) Förderung fallen Anreizzuschüsse und Finanzhilfen.⁴ Die Vorteile des Einsatzes direkter finanzieller Förderungen liegen nach KURKI im Hervorrufen eines Gefühls der subjektiven Begünstigung, in der vergleichsweise unkomplizierten administrativen Abwicklung, in den politischen Gestaltungsmöglichkeiten und in der Möglichkeit einer Veränderung des Marktergebnisses ohne die Notwendigkeit, den Marktmechanismus außer Kraft zu setzen.⁵

1.4 System der forstlichen Förderung

Um den körperschaftlichen und privaten Waldbesitzenden eine Ertrag versprechende Bewirtschaftung ihrer Wälder zu ermöglichen, unterstützt das Land Rheinland-Pfalz die Forstwirtschaft in vielfältiger Weise. Die wichtigste und vom Umfang her bedeutendste Förderung erfahren die Waldbesitzenden durch die staatliche Leistungserbringung in Form der Dienstleistungen des Gemeinschaftsforstamtes. Unter den forstlichen Rahmenbedingungen des Landes und aus der Überzeugung heraus, dass Forstwirtschaft in weiten Bereichen als Daseinsvorsorge in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht zu begreifen ist, wird die Gemeinschaftsforstverwaltung von Landesforsten Rheinland-Pfalz als ideale Organisationsform zur Überwindung der strukturellen Nachteile der körperschaftlichen und privaten Forstbetriebe, aber auch des Staatswaldes angesehen. Die vorrangige Funktion dieser Organisationsform wird in der Umsetzung gesellschaftlicher Gemeinwohlzielsetzungen im Kommunal- und Privatwald gesehen.

Eine Synergie ergibt sich durch die Verbindung der beiden forstpolitischen Instrumente der direkten staatlichen Leistungserbringung mit der finanziellen Förderung. Durch diese Kombination sollen in Rheinland-Pfalz forstpolitische Ziele auf effiziente Weise erreicht werden. Die forstfachliche Leitung und Beratung durch das Gemeinschaftsforstamt, unterstützt durch das Instrument der forstlichen Förderung, wahrt einerseits in hohem Maße die Gemeinwohlinteressen bei der Waldbewirtschaftung im Körperschafts- und Privatwald, berücksichtigt jedoch andererseits auch die Entscheidungsfreiheit der Waldbesitzenden.

³ Vgl. MERLO; PAVERY (1997)

⁴ Vgl. VOLZ (1989)

⁵ Vgl. KURKI (1990)

Die forstliche Förderung in Rheinland-Pfalz basiert auf verschiedenen Gesetzesgrundlagen. Die Gesetze und Verwaltungsvorschriften des Landes bauen auf jenen des Bundes und in der neueren Entwicklung auch auf jenen der Europäischen Union auf.

Artikel 91a des Grundgesetzes enthält als eine von drei Gemeinschaftsaufgaben die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes, welcher auch die Förderung der Forstwirtschaft zuzuordnen ist. In Anlehnung an diese Gemeinschaftsaufgabe wurde im Jahr 1968 das Bundesgesetz Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) erlassen, worin die Beteiligung an der Finanzierung dieser Gemeinschaftsaufgabe als auch die Einflussnahme über entsprechende jeweils gültige GAK-Rahmenpläne durch den Bund geregelt ist. In diesen Rahmenplänen sind die Ziele der forstlichen Förderung formuliert, welche gleichzeitig die grundsätzlichen Ziele der forstlichen Förderung in Rheinland-Pfalz darstellen.

Des Weiteren ist die öffentliche Förderung der Forstwirtschaft im Gesetz zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz) festgelegt und wird in § 41 mit dem Ziel der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Waldes und der Gewährleistung der Erhaltung des Waldes begründet.

Grundlegende forstpolitische Ziele des Landes Rheinland-Pfalz sind in dessen Landesforstgesetz bzw. seit dem Jahr 2001 im Landeswaldgesetz verankert. Der Zweck des Landeswaldgesetzes ist nach § 1:

- „1. den Wald in der Gesamtheit und Gleichwertigkeit seiner Wirkungen dauerhaft zu erhalten, zu schützen und erforderlichenfalls zu mehren sowie durch Leistungen der Forstwirtschaft zu pflegen und weiterzuentwickeln; die Wirkungen des Waldes bestehen in seinem wirtschaftlichen Nutzen (Nutzwirkung), seinem Beitrag für die Umwelt, insbesondere für die nachhaltige Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, die Erhaltung der Genressourcen und das Landschaftsbild (Schutzwirkung) sowie seinem Beitrag für die Erholung (Erholungswirkung); Leitbild ist die naturnahe Waldbewirtschaftung
2. die Waldbesitzenden, die Forstwirtschaft und die Waldforschung bei der Verwirklichung der in Nummer 1 genannten Zwecke zu fördern und
3. einen Ausgleich zwischen öffentlichen Interessen und den Belangen der Waldbesitzenden herbeizuführen.“

In Teil 3 „Finanzielle Förderung“, § 11 „Förderungsgrundsätze“ des Landeswaldgesetzes sind bereits einige Fördermaßnahmen festgelegt, welche neben den, in den sonstigen Rechtsgrundlagen aufgeführten Maßnahmen gefördert werden können:

- Maßnahmen zur Waldbrandversicherung
- Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung der Schutzwälder, der Naturwaldreservate und der Erholungswälder
- Maßnahmen bei außergewöhnlichen Schäden aufgrund von Brand und Naturereignissen
- Maßnahmen bei durch Übervermehrung von Pflanzen und Tieren drohenden Gefahren

Im Jahr 1988 flossen erstmalig Finanzhilfen der EU in die forstliche Förderung der Bundesrepublik Deutschland (VO (EG) 2052/88). Der Einfluss der EU auf diesen Bereich nahm seither kontinuierlich zu. Die Gewährung von Finanzhilfen erfolgt dabei nach vier Grundsätzen (Art. 109 Abs. 1 VO 1605/2002): Transparenz, Gleichbehandlung, Kumulierungsverbot und Kofinanzierung.

Die Förderung des ländlichen Raumes ist in der EU von großer politischer Bedeutung, da der ländliche Raum 90 % der Fläche der EU einnimmt. Dies brachte eine verstärkte Kopplung der Forstpolitik an die Agrarpolitik der EU bzw. an die Förderung des ländlichen Raums mit sich.

Im Rahmen des auf Bundesebene geltenden Entwicklungsplanes EPLR zur Umsetzung der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes (Agenda 2000) wurde im Land Rheinland-Pfalz das EU-Förderprogramm „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum“ (ZIL) entwickelt. Das Programm wurde in den Jahren 2000 bis 2006 umgesetzt. Im Bereich der Förderung der Forstwirtschaft lag ein Schwerpunkt in der Erstaufforstung bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen. Der zweite Schwerpunkt lag in der Förderung von sonstigen Maßnahmen mit dem Ziel des Aufbaus von stabilen und elastischen Waldökosystemen, des Aufbaus und Erhaltes der Multifunktionalität der Wälder und der Beseitigung struktureller Defizite und Stärkung der einzelbetrieblichen Wettbewerbsfähigkeit. Seit dem Jahr 2007 läuft bis 2013 das Nachfolgeprogramm „Programm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung“ (PAUL) im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

ZIL und PAUL sind die ersten Programme, in denen Bedarf, Ziele und entsprechende Fördermaßnahmen gesamthaft formuliert wurden. Derartige Programme sind erst im Zuge der verstärkten Entwicklung der EU-Kofinanzierung entstanden. In der Zeit davor wurden die grundsätzlichen Ziele der forstlichen Förderung durch die Förderungsgrundsätze des Landes konkretisiert oder ursächlich durch Kalamitätsereignisse bestimmt.

1.5 Rahmenbedingungen und Trends der Forstwirtschaft

Die Forstwirtschaft in Rheinland-Pfalz wurde innerhalb der letzten 20 Jahre von Rahmenbedingungen geprägt, die sich auf die Entwicklung der Förderung der Forstwirtschaft auswirkten. Einflüsse vielfältigen Ursprungs wirkten sich in verschiedenen, teilweise sich überschneidenden Zeiträumen auf die forstwirtschaftliche Situation und das Handeln aus. Einige Rahmenbedingungen setzten schlagartig und unvorhergesehen ein. Andere hatten über mehrere Jahre hinweg bereits einen latenten Einfluss, der dann zu einem gewissen Zeitpunkt stark an Intensität zunahm. In Abbildung 1 sind die Rahmenbedingungen, die die Forstwirtschaft der letzten 20 Jahre am stärksten prägten, auf einer Zeitachse dargestellt.

Die neuartigen Waldschäden übten bereits Anfang der achtziger Jahre einen bedeutenden Einfluss auf die forstpolitische Diskussion aus. Diese Phase hielt bis in die neunziger Jahre an und somit sind die neuartigen Waldschäden gleich zu Beginn des

Untersuchungszeitraums ein wichtiges, die Förderung prägendes Thema. Diese hauptsächlich durch eine hohe Konzentration von Schadstoffeinträgen in die Waldökosysteme verursachten Schäden forderten ein Gegensteuern durch forstliche Aktivitäten und durch Maßnahmen der Luftreinhaltung. Forciert wurde dieser Handlungsbedarf dadurch, dass die Thematik in der Öffentlichkeit unter dem Begriff des Waldsterbens weite Kreise zog und für ein Bangen der deutschen Bevölkerung um ihren Wald sorgte.

Weiterhin wurde die Entwicklung der Forstwirtschaft in Rheinland-Pfalz gleich zu Beginn des Berichtszeitraums und während der folgenden 20 Jahre mehr oder weniger stark durch Sturmereignisse geprägt. Die Sturmereignisse, welche den größten Schaden in den rheinland-pfälzischen Wäldern verursachten, ereigneten sich Ende Februar des Jahres 1990. Vivian und Wiebke bescherten den Waldbesitzern insgesamt 12,5 Millionen Festmeter Sturmholz. Nicht lange nachdem die hauptsächliche Schadensbeseitigung abgeschlossen war, ereignete sich ein weiterer Orkan. Doch Lothar, welcher Ende des Jahres 1999 vor allem über Süddeutschland hereinbrach, verursachte in Rheinland-Pfalz verglichen mit den anderen Orkanen relativ geringe Schäden. Stärker betroffen war das Land wieder vom Orkan Kyrill, welcher sich am Ende der Beobachtungsperiode im Jahr 2007 ereignete.

Kurz nach Wiebke und Vivian nahm die Intensität der Erstaufforstung in Rheinland-Pfalz stark zu und es wurden große Flächen zuvor anderweitig (v.a. landwirtschaftlich) genutzten Landes mit Wald bestockt.

Mitte der neunziger Jahre wurden die waldbaulichen Programme zunehmend von der naturnahen Waldbewirtschaftung bestimmt. Durch die schmerzhafteste Sturmerfahrung forciert, gewannen waldbauliche Maßnahmen, welche zu einem artenreichen, stabilen und gesunden Waldaufbau führen sollten, an Bedeutung. Unter anderem durch stabile Mischbestände und eine standortgerechte Baumartenzusammensetzung sollte sich die Waldbewirtschaftung mit ihrer Pflege- und Nutzungsstrategie an den natürlichen Abläufen in den Waldökosystemen orientieren.

Seit einigen Jahren zeichnet sich eine steigende Nachfrage nach dem Rohstoff Holz ab. Dieser Rohstoff wird verstärkt energetisch und stofflich genutzt. Um den Bedarf auch mittel- bis langfristig decken zu können, war und ist es weiterhin nötig, zusätzliche Holzreserven zu mobilisieren. Bisher weitgehend ungenutzte Holzvorräte sind vor allem im Kleinprivatwald vorzufinden. Die Holzmobilisierung aus dieser Waldbesitzart ist jedoch nicht einfach, da sie personell aufwändig und oft nicht kostendeckend ist.

Eine weitere wichtige Entwicklung, die die Rahmenbedingungen der Forstwirtschaft der letzten 20 Jahre prägte, war die zunehmende Bedeutung der Europäischen Union und damit auch deren wachsender Einfluss auf die Förderlandschaft. Ab dem Jahr 2000 stieg der Anteil der EU-Kofinanzierung an der Förderung von forstlichen Maßnahmen deutlich an.

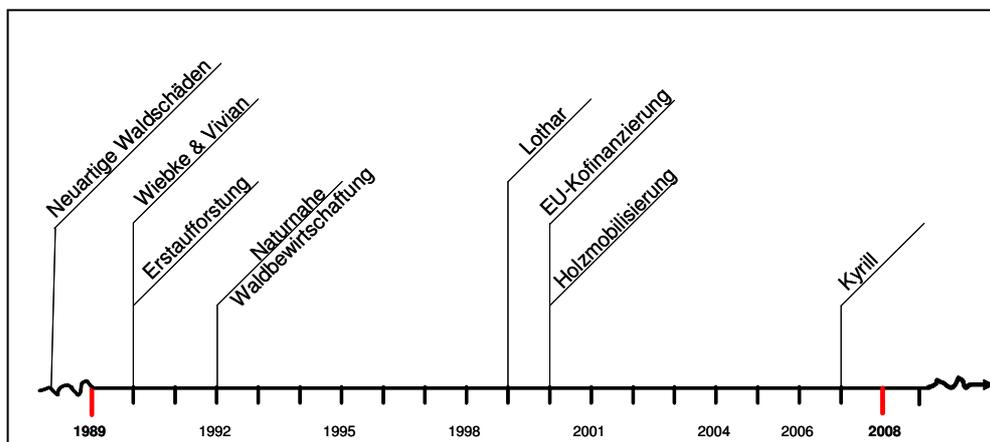


Abbildung 1: Die Schwerpunkte der forstpolitischen Diskussion in Rheinland-Pfalz von 1989 bis 2008. Quelle: Eigene Zusammenstellung

2. Ergebnisse

2.1 Entwicklung des Finanzvolumens und der Finanzströme

In den letzten 20 Jahren flossen in Rheinland-Pfalz insgesamt 330,36 Millionen Euro in die forstliche Förderung. Jährlich waren dies im Durchschnitt rund 16,5 Millionen Euro. Die tatsächlichen Jahresvolumen bewegten sich dabei in einem Rahmen von 5,39 Millionen Euro im Jahr 2004 bis zu 36,04 Millionen Euro im Jahr 1991. Wie aus Abbildung 2 ersichtlich ist, ist das Gesamtvolumen innerhalb der letzten 20 Jahre stetig gesunken, nachdem es in den ersten Jahren dieser Periode stark angestiegen war.⁶ Dieser anfangs starke Anstieg ist zu einem Großteil auf die großen Sturmereignisse Wiebke und Vivian zu Beginn des Jahres 1990 zurückzuführen. Der sprunghafte Anstieg in den letzten beiden Jahren des Beobachtungszeitraums ist mit dem Sturmereignis Kyrill im Jahr 2007 in Verbindung zu bringen.

Die Herkunft der Finanzmittel hat sich innerhalb der letzten 20 Jahre deutlich verändert. Während diese Veränderung am wenigsten von der Entwicklung der finanziellen Mittel aus der GAK ausgeht, da deren Betrag über die Jahre hinweg relativ konstant geblieben ist, geht sie vor allem auf die Entwicklung der Landesmittel und jener der Europäischen Union zurück (vgl. Abb. 3).

⁶ Anmerkung: Die Daten des Jahres 2008 beruhen bei allen Angaben innerhalb dieser Studie auf Schätzungen des MUFV.

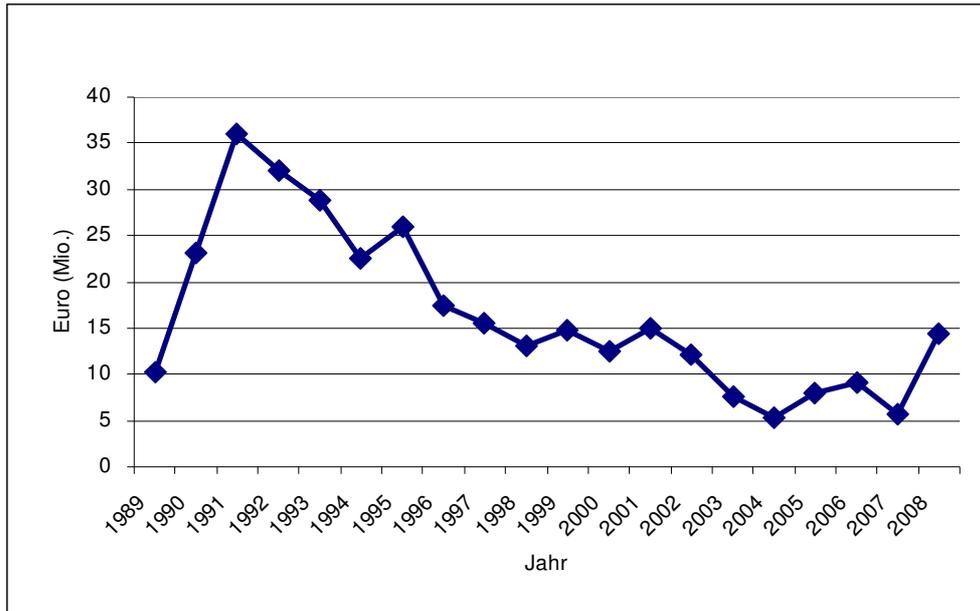


Abbildung 2: Entwicklung der direkten finanziellen forstlichen Förderung in Rheinland-Pfalz. 1989 bis 2008. Datenquelle: Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz (MUFV)

Die finanziellen Mittel des Landes, die für die Förderung bereitgestellt wurden, stiegen in den ersten Jahren bis 1992 stark an (proportional zur Gesamtfördersumme) und nehmen danach stetig ab. Selbst in den letzten beiden Jahren des Berichtszeitraums, in denen insgesamt wieder mehr Mittel in die Förderung flossen, nahmen die Landesmittel weiter ab – bis deutlich unter eine Million Euro pro Jahr. Genau gegenläufig entwickelten sich die Finanzströme der EU. Diese nahmen in den letzten 20 Jahren und vor allem seit 2000 deutlich zu. Aus Abbildung 3 wird deutlich, dass somit der Anteil der EU-Mittel an der Gesamtfördersumme stark zugenommen hat, während der Anteil der Landesmittel auf einen kleinen Anteil geschrumpft ist. Somit wurde die Förderlandschaft seit 1991 zunehmend von den ansteigenden Finanzmitteln der EU geprägt.

Die stetige Zunahme des EU-Anteils am finanziellen Fördervolumen führte gleichzeitig zu einem erhöhten administrativen Aufwand, der größtenteils durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesforstverwaltung getragen werden musste.

Das gesamte Fördervolumen verteilte sich unterschiedlich auf die Waldbesitzarten des Landes (vgl. Abb. 4): So ging an den Privatwald mit 78,92 Millionen Euro etwa ein Viertel der Gesamtsumme, in die Förderung des Körperschaftswaldes flossen mit 245,86 Millionen Euro drei Viertel und in den Staatswald mit 4,85 Millionen Euro 1% des gesamten Fördervolumens.

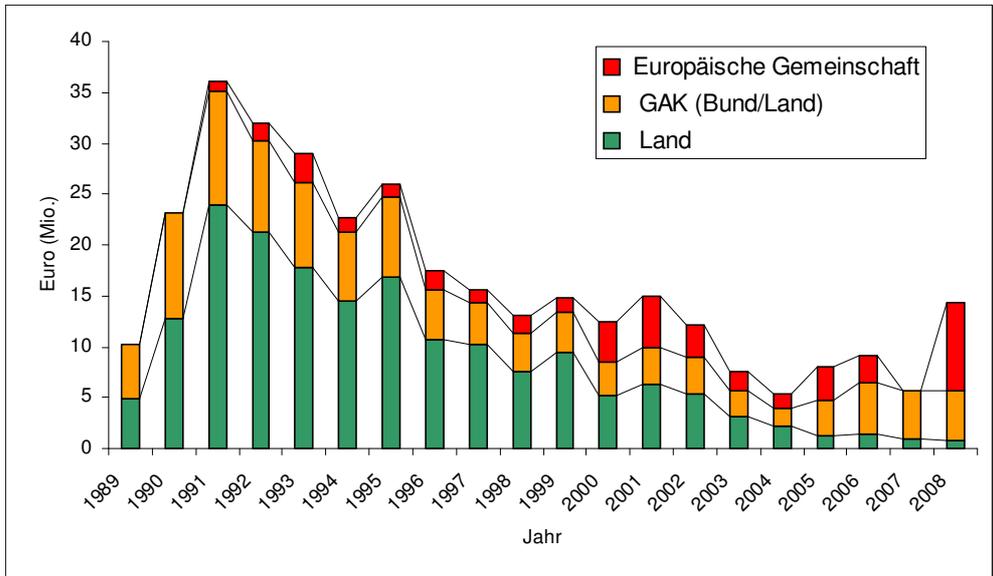


Abbildung 3: Entwicklung der finanziellen forstlichen Förderung in Rheinland-Pfalz nach Mittelherkunft (Land / GAK / EU) 1989 bis 2008. Datenquelle: MUFV

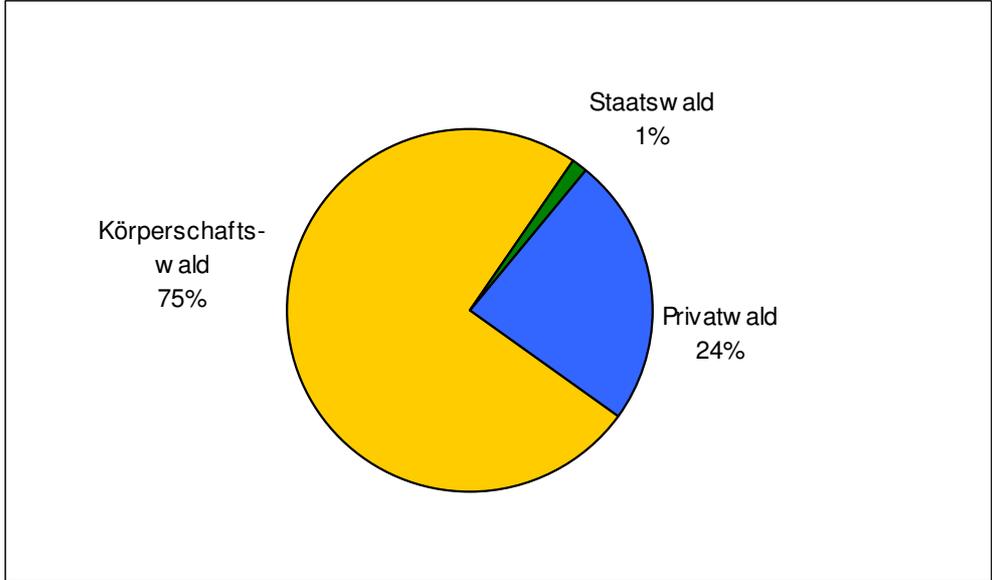


Abbildung 4: Verteilung der Fördermittel auf die Waldbesitzarten in Rheinland-Pfalz 1989 bis 2008. Datenquelle: MUFV

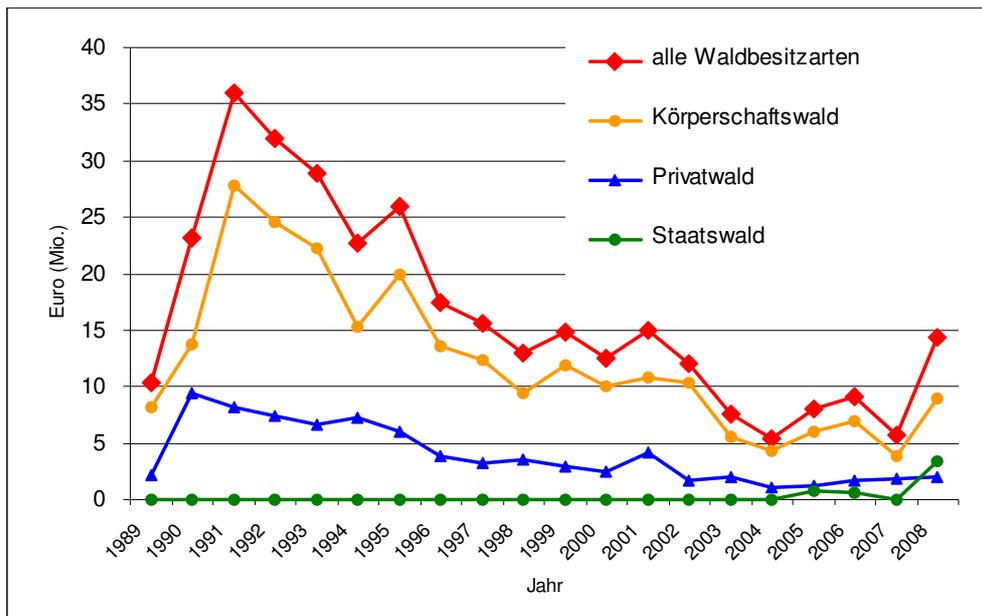


Abbildung 5: Entwicklung der forstlichen Förderung in Rheinland-Pfalz nach Waldbesitzarten 1989 bis 2008. Datenquelle: MUFV

Der Schwerpunkt der Förderung nach den Sturmereignissen Wiebke und Vivian lag im Körperschaftswald. Diese verstärkte Unterstützung wurde auch in den folgenden drei Jahren aufrechterhalten (vgl. Abb. 5). Dagegen nahm das Fördervolumen im Privatwald in dieser Zeit sogar ab, nachdem es im Jahr 1990 stark angestiegen war. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass der Körperschaftswald stärker von dem Sturmereignis betroffen war. Genauso stieg im Jahr 1995 kurzzeitig das Fördervolumen im Körperschaftswald stark an, wohingegen im Privatwald kein derartiger kurzzeitiger Anstieg zu verzeichnen ist. Nach dem Sturmereignis Lothar ist allerdings im darauf folgenden Jahr 2001 vor allem ein bedeutender Anstieg der Fördersumme des Privatwaldes zu verzeichnen. In den darauf folgenden Jahren nahm die Förderung des Körperschaftswaldes (mit Schwankungen) stark ab. Die Förderung des Privatwaldes blieb ungefähr auf einem gleich bleibenden Niveau. Im Jahre 2008 stieg das Fördervolumen im Körperschaftswald und im landeseigenen Wald durch den EU – Solidaritätsfonds sehr stark an.

Die Höhe der forstlichen Förderung und die Verteilung auf die verschiedenen Waldbesitzarten unterlagen in den letzten 20 Jahren starken Schwankungen. Damit reagierte die forstliche Förderung einerseits auf Kalamitäten, die auf die Forstwirtschaft einwirkten. Andererseits wird die Verteilung des Fördervolumens auf die unterschiedlichen Maßnahmenbereiche von weiteren forstpolitischen Entwicklungen und der generellen Mittelverfügbarkeit bestimmt.

2.2 EU-Kofinanzierung

Auch wenn schon zu Beginn der letzten 20 Jahre finanzielle Mittel der Europäischen Union in die forstliche Förderung des Landes Rheinland-Pfalz eingingen, kam es erst ab dem Jahr 2000 zu einem deutlichen Anstieg (vgl. Kapitel 1.5). Der durch die Europäische Union kofinanzierte Anteil der Förderung verstärkte sich bis zum Ende des Berichtszeitraums und erstreckt sich nunmehr über neun Jahre. In dieser Zeit wurden forstliche Maßnahmen von Seiten der EU mit insgesamt 30,3 Millionen Euro mitfinanziert. Dies entspricht einer jährlichen Förderung von 3,4 Millionen Euro in der Zeitspanne von 2000 bis 2008.

Der seit dem Jahr 2000 deutlich gestiegene Anteil der Mittel der EU am Gesamtfördervolumen ist u.a. auf das zu jenem Zeitpunkt beginnende EU-Förderprogramm „Zukunftsinitiative ländlicher Raum“ (ZIL) zurückzuführen, welches bis 2006 andauerte und seit 2007 durch das „Programm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung“ (PAUL) fortgeführt wird. Wie bereits in Kapitel 2.1 beschrieben, bringt die verstärkte Kofinanzierung neben dem Vorteil einer Schonung der Landesmittel auch den Nachteil eines erhöhten administrativen Aufwands mit sich. Um diesen administrativen Aufwand zu verringern, werden die von der EU zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel seit Beginn des Förderprogramms PAUL im Jahr 2007 nur auf die drei Bereiche Bodenschutzkalkung, Wegebau und Waldbauernschulung konzentriert.

2.3 Entwicklung der Fördermaßnahmen in Bezug auf die forstlichen Rahmenbedingungen

Wie bereits in Kapitel 1.5 beschrieben wurde, wurde die Forstwirtschaft und damit auch die forstliche Förderung der letzten 20 Jahre sehr stark von den forstlichen Rahmenbedingungen und Trends geprägt. Diese bildeten die Schwerpunkte der forstlichen Diskussion. Es erscheint sinnvoll, die Entwicklung der Förderung in Bezug auf diese Schwerpunkte darzustellen und somit eine zusammenfassende und übergeordnete Sicht auf die jüngste Fördergeschichte des Landes Rheinland-Pfalz zu erhalten.

Die forstliche Förderung reagierte unterschiedlich stark auf die in Abbildung 1 skizzierten Schwerpunkte. Dementsprechend entwickelten sich ihr finanzielles Volumen und ihr zeitliches Ausmaß. Um dies zu veranschaulichen, wurden für jeden Schwerpunkt die jeweils betroffenen Fördertatbestände aus den verschiedenen Förderbereichen herausgelöst und neu zusammengefasst. Diese neuen Dateneinheiten wurden auf ihre Entwicklung untersucht und in unterschiedlich großen Zeitfenstern sowie entsprechend ihres Fördervolumens in Abbildung 6 dargestellt. Nachfolgend werden die einzelnen Schwerpunkte beschrieben.

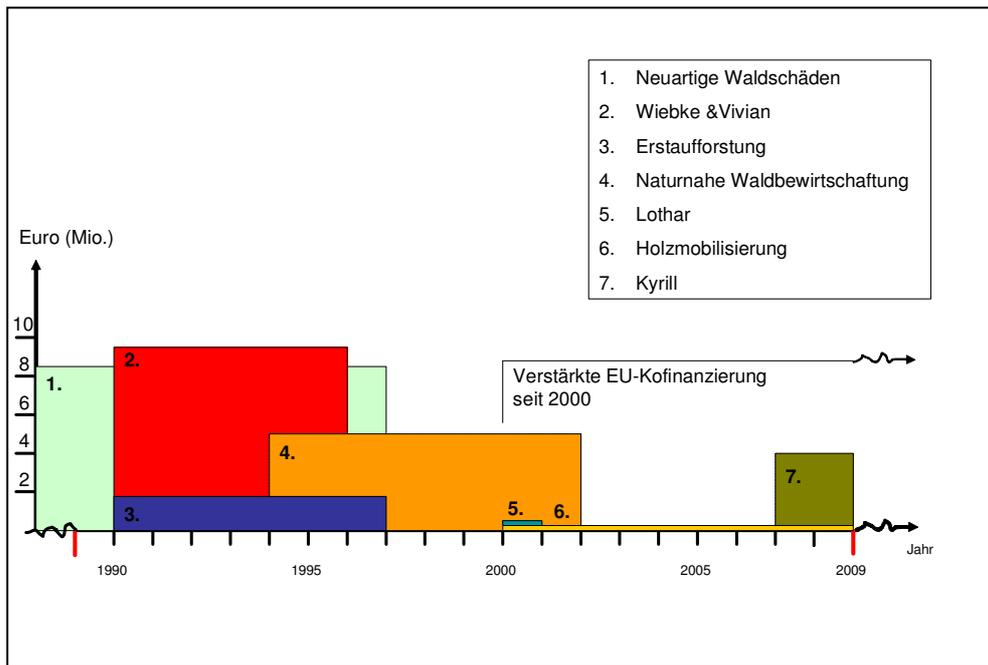


Abbildung 6: Finanzielles Volumen der Förderung. Dargestellt an den jeweiligen Schwerpunkten der forstpolitischen Diskussion 1989 bis 2008. Die Fläche der dargestellten Rechtecke entspricht in etwa dem finanziellen Fördervolumen. Sie sollen die forstpolitische Relevanz der jeweiligen Schwerpunkte in einem bestimmten Zeitraum veranschaulichen. Die tatsächliche Dauer der Maßnahmenförderung erstreckt sich über einen längeren Zeitraum. Quelle: Eigene Zusammenstellung.

2.3.1 Maßnahmen im Zusammenhang mit neuartigen Waldschäden

Die Diskussion um neuartige Waldschäden kam, wie in Kapitel 1.5 beschrieben, bereits Anfang der achtziger Jahre auf und somit setzten damit zusammenhängende Fördermaßnahmen auch schon vor 1989, d.h. vor Beginn der Beobachtungsperiode, ein. Wie in Abbildung 6 zu sehen ist, nehmen sie den größten Umfang in der jüngsten Geschichte der forstlichen Förderung in Rheinland-Pfalz ein. Zwischen 1989 und 1997 wurden dafür 68,6 Millionen Euro Fördermittel (überwiegend für die Bodenschutzkalkung sowie den Vor- und Unterbau) eingesetzt. Dies entspricht 8,6 Millionen Euro jährlich. Damit liegt die jährliche Fördersumme bezüglich dieses Schwerpunkts nach der Förderung zum Ausgleich der Orkanshäden durch Wiebke und Vivian an zweiter Stelle. Abbildung 6 zeigt weiterhin, dass die Förderung von Maßnahmen im Zusammenhang mit neuartigen Waldschäden von der Förderung naturnaher Waldbewirtschaftung abgelöst wurde.

2.3.2 Wiebke und Vivian

Der Forstpolitik in Rheinland-Pfalz war es zu Beginn der 90er Jahre gelungen, sehr schnell mit geeigneten Förderprogrammen und ausreichenden Finanzmitteln auf die Sturmereignisse Wiebke und Vivian zu reagieren. Über einen Zeitraum von sechs Jahren floss große finanzielle Unterstützung in die Schadensbeseitigung. Erst 1996 ist eine deutliche Abnahme der hohen jährlichen Förderbeträge in diesem Bereich zu erkennen. Bis

dahin wurden jährlich durchschnittlich 9,3 Millionen Euro in die Schadensbeseitigung von Wiebke und Vivian investiert. Im Vergleich zu den anderen Schwerpunkten wird damit das höchste jährliche Fördervolumen aufgewendet. Insgesamt wurden innerhalb dieser sechs Jahre 55,9 Millionen Euro für den Ausgleich der Schäden durch Wiebke und Vivian ausgegeben (Insbesondere für die Nass- und Trockenlagerung sowie Wiederaufforstung). Für Maßnahmen im Zusammenhang mit neuartigen Waldschäden wurden nur 13 Millionen Euro mehr ausgegeben - dabei entstanden die Schäden durch Wiebke und Vivian innerhalb von wenigen Tagen.

Diese kurz aufeinander folgenden Sturmereignisse prägten die Forstwirtschaft und somit auch die Förderung der Forstwirtschaft in den letzten 20 Jahren maßgeblich. Sie gaben Anlass zu Umstrukturierungen in der forstlichen Förderung und in der Forstwirtschaft – nicht nur, um die Schäden zu bewältigen, sondern auch, um zukünftige Orkanshäden zu minimieren. Davon zeugt zum Beispiel der Erlass zu Zielen und Grundsätzen einer ökologischen Waldbewirtschaftung, der 1993 von der Landesforstverwaltung verabschiedet wurde. Ein weiteres Indiz dafür ist die wenige Jahre danach einsetzende verstärkte Förderung eines naturnahen Waldbaus.

2.3.3 Erstaufforstung

In den ersten Jahren innerhalb des Berichtszeitraums spielte in der forstlichen Förderung des Landes ein weiteres Thema eine gewichtige Rolle: Die Erstaufforstung von zuvor anderweitig (vorwiegend landwirtschaftlich) genutzten Flächen. Wie aus Abbildung 6 ersichtlich wird, hatte dieser Schwerpunkt im Vergleich zu den Maßnahmen im Zusammenhang mit neuartigen Waldschäden und Wiebke und Vivian eine weit kleinere Bedeutung. Doch immerhin wurden innerhalb eines Zeitraums von sieben Jahren 12,2 Millionen Euro dafür verausgabt. Dies entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Fördervolumen von 1,8 Millionen Euro von 1990 bis 1996. Trotz dieses im Vergleich zu den oben genannten Förderschwerpunkten deutlich geringeren Finanzvolumens zeigt die Förderung dieser Maßnahme in einem Zeitraum, in welchem enorme Summen für die Orkanshadenbewältigung aufgebracht werden mussten, die Bedeutung, welche der Erstaufforstung in jenen Jahren beigemessen wurde.

2.3.4 Naturnahe Waldbewirtschaftung

Der Zeitraum, in welchem Maßnahmen der naturnahen Waldbewirtschaftung verstärkt gefördert wurden, erstreckt sich von 1994 bis 2002 (vgl. Abb. 6).

Im Hinblick auf das finanzielle Volumen von insgesamt 43,2 Millionen Euro liegt dieser Förderschwerpunkt an dritter Stelle (Insbesondere für Jungbestandspflege, Vor- und Unterbau, Umbau von Beständen, Vorbeugung vor bzw. Verminderung von Waldschäden, Wiederaufforstung, Bodenschutzkalkung). Da sich diese Gelder aber auf einen größeren Zeitraum verteilen, sind die durchschnittlichen jährlichen Aufwendungen von 4,8 Millionen Euro als durchschnittlich einzustufen. Im Jahr 2002 wurde die zweite Bundeswaldinventur

durchgeführt und es wurden Parameter der Naturnähe aufgenommen. Leider liegen keine Vergleichswerte aus der ersten Bundeswaldinventur vor, was zeigt, dass dieser Waldbewirtschaftung erst später eine größere Bedeutung zugemessen wurde. Um eine mögliche Verbesserung der Naturnähe festzustellen, kann der im Jahr 2002 festgestellte Anteil der naturnahen Baumartenzusammensetzung der Altbestockung mit dem Anteil der naturnahen Baumartenzusammensetzung der Jungbestockung verglichen werden. Der zuletzt Genannte liegt immerhin mit 47% über dem Anteil der Altbestockung (36%). Somit kann eine Verbesserung der Naturnähe - bezüglich des Aspektes der Baumartenzusammensetzung – festgestellt werden.

Laut BWI 2 entspricht die Naturnähe der Baumartenzusammensetzung der Hauptbestockung dem Bundesdurchschnitt. Im Staatswald von Rheinland-Pfalz liegt sie mit 45% deutlich über dem Durchschnitt, im Körperschaftswald ungefähr im Durchschnitt und im Privatwald knapp unter dem Durchschnitt. Obwohl die Einzelmaßnahmen schon früher gefördert wurden, wurde die naturnahe Waldwirtschaft erstmals in den Förderungsgrundsätzen von 2007 als eigenständiger Förderbereich definiert und die entsprechenden Fördertatbestände darin gebündelt.

2.3.5 Lothar

Das zweite größere Sturmereignis in den letzten 20 Jahren ereignete sich Ende des Jahres 1999. Jedoch waren die Schäden in Rheinland-Pfalz relativ gering, da nur der Süden des Landes betroffen war. Deshalb und auch aufgrund einer vorrangigen Schädigung von Staatswaldflächen ist nur eine leicht verstärkte Förderung im Bereich der Orkanschadensbeseitigung im Jahr 2000 zu verzeichnen: 250 Tausend Euro flossen in die entsprechenden Maßnahmen. Damit ist dieses Sturmereignis für Rheinland-Pfalz nach Wiebke und Vivian sowie Kyrill das kleinste Sturmereignis innerhalb des Berichtszeitraums und es weist gleichzeitig das geringste Fördervolumen auf (vgl. Abb. 6).

2.3.6 Holzmobilisierung

Auf die im Laufe der letzten Jahre gestiegene Nachfrage nach dem Rohstoff Holz reagierte die Forstwirtschaft mit dem verstärkten Bemühen, bestehende Holzreserven zu mobilisieren. Große Holzvorräte sind in Rheinland-Pfalz vor allem im Privatwald vorzufinden, was auch die Vorratsänderung von BWI 1 zu BWI 2 aufzeigt: Im Privatwald ist der Holzvorrat von 1987 bis 2002 um 46 % angestiegen. Sogar im Körperschaftswald ist der Vorrat innerhalb dieses Zeitraums um 18 % gewachsen.

Um diese ungenutzten Ressourcen zu mobilisieren, werden ab dem Jahr 2000 verstärkt forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse gefördert, welche durch eine Verminderung von strukturellen Nachteilen zu einer verstärkten Holzmobilisierung animieren sollen. Die Anstrengungen zu einer verstärkten Holzmobilisierung setzen sich auch nach Ende des Berichtszeitraums fort. Von 2000 bis 2008 wurde dafür insgesamt 1 Million Euro verausgabt. Mit einem daraus resultierenden jährlichen Fördervolumen von 0,1 Millionen Euro ist dies der Schwerpunkt mit dem geringsten jährlichen Fördervolumen. Dabei ist allerdings zu

bemerken, dass die Holzmobilisierung zu einem Großteil indirekt in Form von Beratung und Betreuung von Waldbesitzenden gefördert wird. Seit dem Jahr 2008 wird die Holzmobilisierung zudem durch die Einführung der Holzmobilisierungsprämie innerhalb eines neuen Kombimodells im Rahmen der Förderung Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse gefördert. Bereits im Jahr 2008 wurde das Kombimodell gut angenommen und es kann erwartet werden, dass damit die Möglichkeiten zur Holzmobilisierung durch forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse verbessert werden.

2.3.7 Kyrill

Das dritte große Sturmereignis innerhalb des Berichtszeitraums ereignete sich im Jahr 2007. Um die daraus entstandenen Schäden zu beseitigen, flossen in den Jahren 2007 und 2008 wieder verstärkt Fördermittel in den Förderbereich Orkanschadensbeseitigung. Insgesamt waren dies 7,5 Millionen Euro. Die Schäden am Wald waren deutlich größer als bei Lothar und damit auch das durchschnittliche jährliche Fördervolumen von 3,8 Millionen Euro (vgl. Abb. 6).

Die im Kapitel 2.2 dargestellten Schwerpunkte der forstlichen Förderung werden in Tabelle 1 zusammengefasst wiedergegeben.

Tabelle 1: Zusammenfassung der Daten zu grundlegenden Einflüssen auf die Forstwirtschaft in Rheinland-Pfalz. 1989-2008. Datenquelle: MUFV

Einfluss	Zeitraum	Gesamtes Fördervolumen (Mio. €)	Jährliches Fördervolumen (Mio. €)
1. Maßnahmen im Zusammenhang mit neuartigen Waldschäden	1989 - 1996	68,6	8,6
2. Wiebke & Vivian	1990 – 1995	55,9	9,3
3. Erstaufforstung	1990 – 1996	12,2	1,8
4. Naturnahe Waldbewirtschaftung	1994 – 2002	43,2	4,8
5. Lothar	2000	0,25	0,25
6. Holzmobilisierung	seit 2000	1	0,1
7. Kyrill	seit 2007	7,5	3,8

2.4 Bewertung der Fördermaßnahmen

Nachdem im vorigen Kapitel die Fördertatbestände den forstlichen Rahmenbedingungen entsprechend in zusammengefasster Form in ihrer Entwicklung beschrieben wurden, werden nachfolgend die wichtigsten Fördertatbestände einzeln betrachtet.

2.4.1 Erstaufforstung

In die Erstaufforstung wurde vor allem in der Zeit zwischen 1990 und 1996 investiert (vgl. Abb. 7). Insgesamt flossen 21 Millionen Euro in die Erstaufforstung.

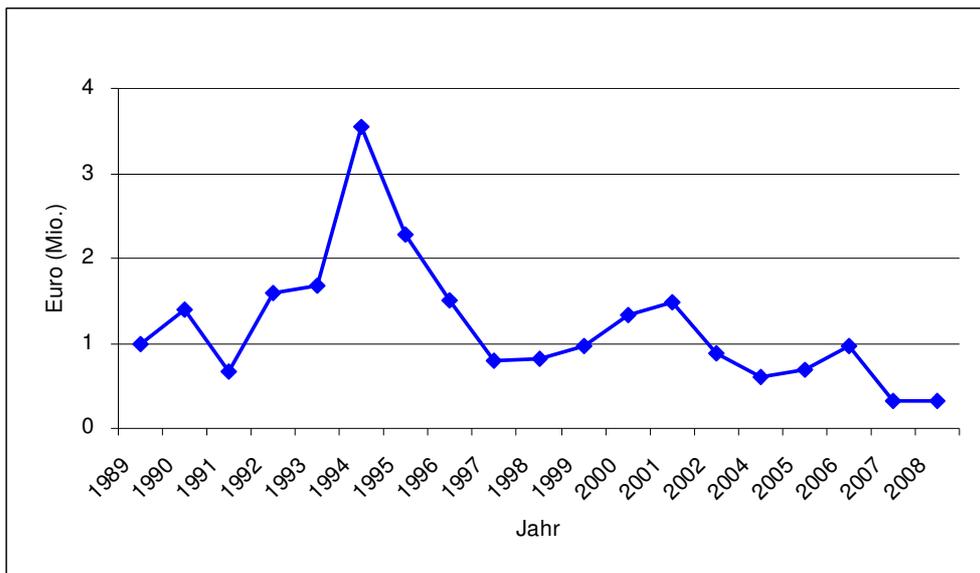


Abbildung 7: Entwicklung der jährlichen Fördersumme des Fördertatbestandes Erstaufforstung in Rheinland-Pfalz. 1989 bis 2008. Datenquelle: MUFV

Die Erstaufforstung wurde von 1989 bis 2008 auf über 5.100 Hektar, zuvor meist landwirtschaftlich genutzter Fläche, mit durchschnittlich 4.100 Euro je Hektar gefördert. Die Bundeswaldinventuren belegen, dass die Waldfläche in Rheinland-Pfalz allein in den Jahren zwischen 1987 und 2002 um 23.000 Hektar zugenommen hat. Nur knapp auf einem Viertel dieser Fläche wurde die Erstaufforstung gefördert. Folglich muss die Restfläche ohne die Inanspruchnahme von Förderung aufgeforstet worden sein bzw. durch natürliche Sukzession entstanden sein.

Bundesweit kann zwischen 1987 und 2002 eine Waldzunahme von 135.000 Hektar festgestellt werden.⁷ Bezogen auf den Gesamtwald nahm die Waldfläche in Rheinland-Pfalz somit überdurchschnittlich zu. Eine regionale Übersicht der Erstaufforstungsaktivitäten zeigt jedoch, dass die Förderung wenig zur Mehrung des Waldes in waldarmen Gebieten beitragen konnte.⁸ Die geförderten Flächen liegen in den ohnehin waldreichen Gebieten. In

⁷ Anmerkung: Vergleich mit den Daten der BWI 1 und 2

⁸ ZIL (2009)

waldarmen Landesteilen kann die forstliche Nutzung trotz Erstaufforstungsförderung nicht mit der landwirtschaftlichen Bodennutzung konkurrieren. Dennoch konnte durch die Erstaufforstungsförderung steuernd in die Baumartenzusammensetzung der erstmals aufgeforsteten Flächen eingegriffen werden. Entsprechend den waldbaulichen Zielen des Landes kann als Ergebnis eine deutliche Erhöhung des Laubbaumanteils in den ersten Altersklassen festgestellt werden.

2.4.2 Wiederaufforstung

Die Wiederaufforstung wurde mit über 35,14 Millionen Euro auf einer Waldfläche von 35.869 Hektar gefördert. Diese Fördersumme stellt einen beträchtlichen Anteil am Gesamtfördervolumen aller Förderaktivitäten der letzten 20 Jahre dar: mehr als 10%. Aus Abbildung 8 wird ersichtlich, dass die Wiederaufforstung vor allem in den Jahren nach den verheerenden Sturmereignissen Wiebke und Vivian eine Rolle spielte und in diesen Jahren von 1990 bis 1995 beträchtliche Summen in diesen Fördertatbestand flossen. Nach Lothar spielte diese Maßnahme dahingegen eine untergeordnete Rolle. Die Wiederaufforstungsaktivitäten nach Kyrill können durch den Betrachtungszeitraum bis 2008 noch nicht in ihrem vollen Ausmaß dargestellt werden.

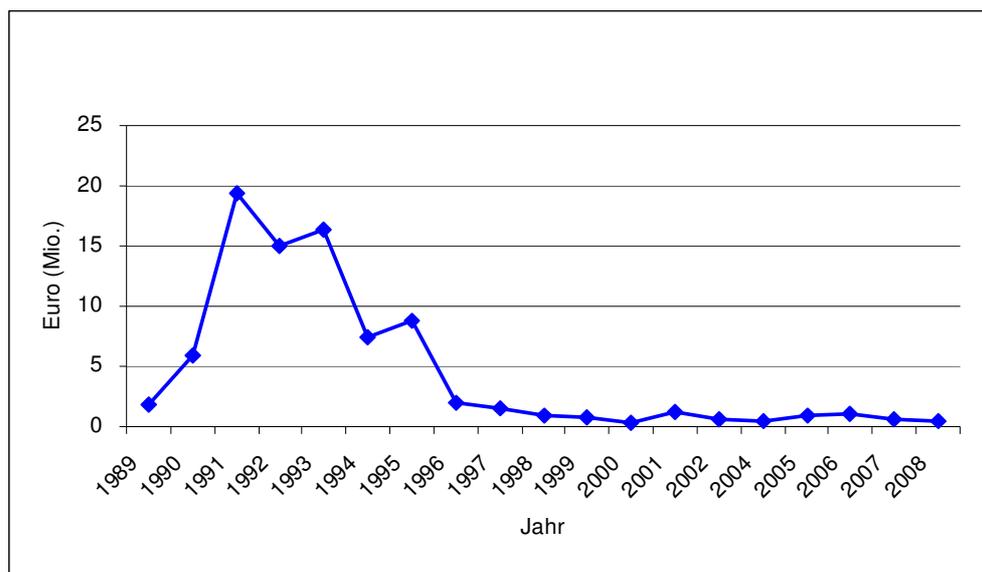


Abbildung 8: Entwicklung der finanziellen Förderung zur Wiederaufforstung (insbesondere nach Kalamitäten inkl. Nachbesserungen) in Rheinland-Pfalz. 1989 bis 2008. Datenquelle: MUFV

Durch die Hilfe zur Wiederaufforstung konnten die enormen Schäden auf großen von den Stürmen verwüsteten Waldflächen kompensiert werden. Ein positiver Aspekt der Wiederaufforstung ist die damit verbundene Einflussnahme auf die zukünftige Baumartenzusammensetzung. Dies macht sich am deutlichsten bemerkbar in der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Laub- und Nadelbäumen der jüngsten Bestände. Zieht man die Fläche der ersten Altersklasse (Bestände bis zum Alter 20 Jahre) als Indikator

für den Einfluss der Wiederaufforstung heran, so zeigt sich im Vergleich zur BWI 1 in Rheinland-Pfalz eine Verdopplung des Laubholzanteils. Der Nadelholzanteil dagegen ist im gleichen Zeitraum um 56% zurückgegangen. Im Vergleich dazu nahm der Laubbaumanteil in den alten Bundesländern lediglich um ein Drittel zu und der Nadelholzanteil um ein Drittel ab. Große Flächen des rheinland-pfälzischen Waldes waren von den Stürmen Vivian und Wiebke betroffen. Mit der verstärkten Förderung von standortgemäßen Laubholzarten auf einem beträchtlichen Teil der Waldfläche des Landes wurde dies als Chance genutzt, um einen großen Schritt hin zu einer naturnahen Waldbewirtschaftung zu gehen. Gleichzeitig konnte damit eine stabilisierende Maßnahme zur Verringerung von Schäden zukünftiger Kalamitäten durchgeführt werden.

2.4.3 Bodenschutzkalkung

Die Bodenschutzkalkung wurde in Rheinland-Pfalz mit insgesamt 60,86 Millionen Euro gefördert. Eine Waldfläche von 420.075 Hektar konnte mit diesen Fördermitteln gekalkt werden. Dies entspricht ungefähr der Hälfte der Waldfläche im Land. Bei den Privatwaldbesitzern wurde diese für den Waldboden wichtige Maßnahme zu 100% gefördert. Der Förderanteil für die anderen Waldbesitzarten war zwar weit geringer, jedoch wurden trotzdem verbreitet Bodenschutzkalkungen durchgeführt. Offensichtlich war in den öffentlichen Wäldern der hohe Förderanreiz nicht notwendig, um eine solche Maßnahme ohne direkten Produktionsbezug durchzuführen. Wie Abbildung 9 zeigt, lag der Schwerpunkt der Förderung in den Jahren 1989 bis 1996. Dies entspricht der Förderentwicklung der Maßnahmen im Zusammenhang mit neuartigen Waldschäden, in welchem auch die Bodenschutzkalkung enthalten ist (vgl. Kapitel 2.2.1).

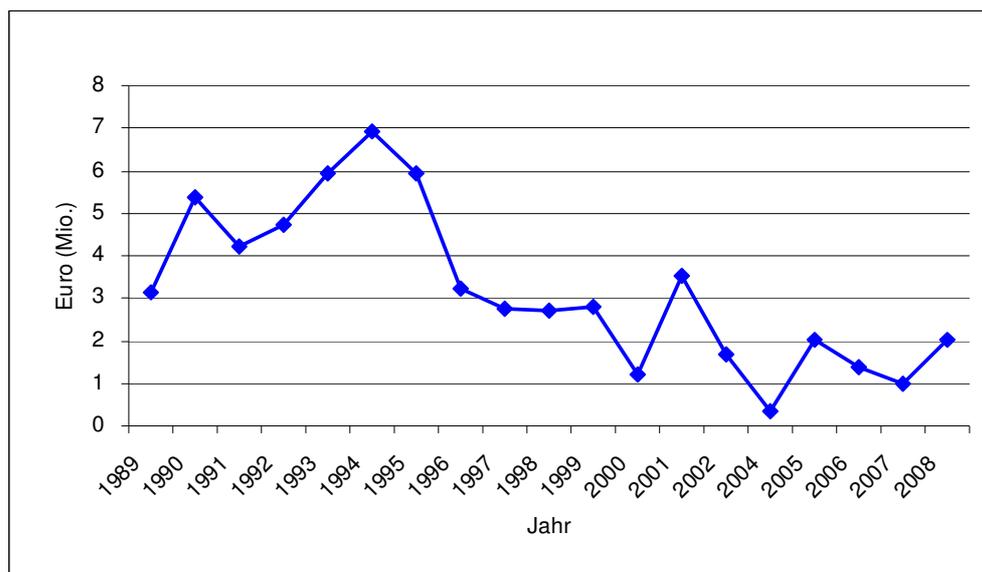


Abbildung 9: Entwicklung finanziellen Förderung der Bodenschutzkalkung in Rheinland-Pfalz. 1989 bis 2008. Datenquelle: MUFV

Die Wirkung der Kalkungsmaßnahmen ist als sehr positiv zu bewerten, denn der Zustand der Waldböden in Rheinland-Pfalz hat sich innerhalb der letzten Jahre erheblich verbessert. Dies geht aus den Ergebnissen der zweiten Bodenzustandserhebung des Landes von 2006 hervor.⁹ Demnach ist die Bodenversauerung im Vergleich zur ersten Bodenzustandserhebung von 1989 deutlich zurückgegangen. Die Oberböden weisen mittlerweile höhere pH-Werte und höhere Gehalte an den Nährstoffen Calcium und Magnesium auf, was auf eine Verbesserung des Nährstoffkreislaufs hinweist. Weiterhin ist der Schwefelgehalt im Bodenwasser gesunken.

Auch die Verringerung des Eintrags von versauernd wirkenden Luftschadstoffen und die verstärkte Umsetzung der naturnahen Waldbewirtschaftung haben zu dieser positiven Entwicklung der Waldböden beigetragen. Hinsichtlich der Bodeneigenschaften war jedoch die Bodenschutzkalkung der wirksamste Faktor.

2.4.4 Bestandespflege

Die Bestandespflege wurde in Rheinland-Pfalz in den letzten 20 Jahren auf einer Waldfläche von 102.821 Hektar mit insgesamt 31,1 Millionen Euro gefördert. Dies entspricht rechnerisch 30% der für diese Maßnahme in Frage kommenden Waldflächen. Die Zuwendungsempfänger konnten mit 302 Euro je Hektar unterstützt werden. Damit wurde die Bestandespflege den aktuellen waldbaulichen Grundsätzen folgend umgesetzt. Die grundlegenden waldbaulichen Ziele wie Aufbau von stabilen und strukturreichen Mischbeständen sowie die Produktion von wertvollem Holz konnten somit auf einer nennenswerten Waldfläche umgesetzt werden.

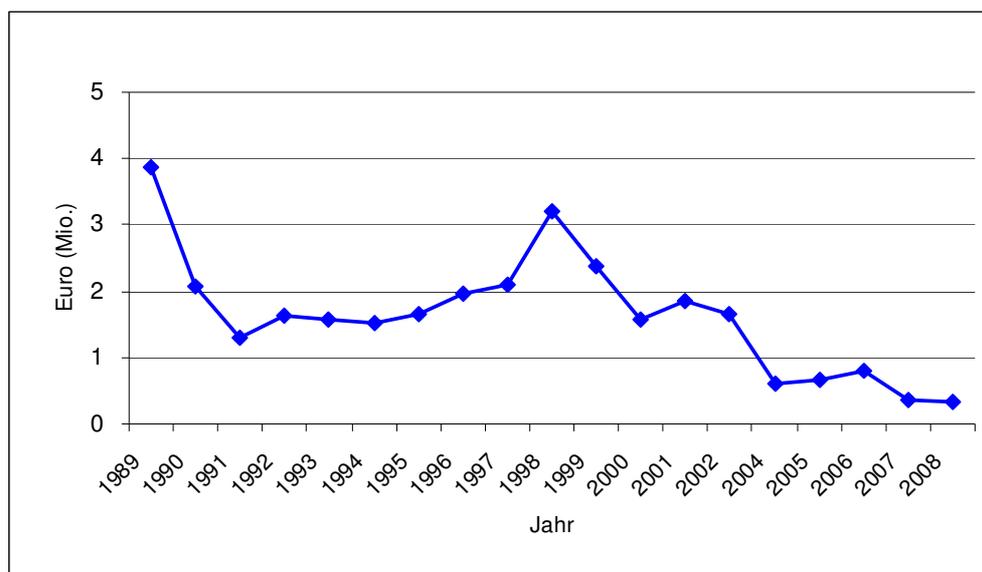


Abbildung 10: Entwicklung der finanziellen Förderung der Bestandespflege in Rheinland-Pfalz. 1989 bis 2008. Datenquelle: MUFV

⁹ Vgl. MUFV (2008) – Waldzustandsbericht 2008

Damit konnte die Waldentwicklung in Rheinland-Pfalz gemäß dem übergreifenden Ziel der naturnahen Waldbewirtschaftung positiv gesteuert werden. Die Ergebnisse der BWI 2 bestätigen dies. Mehr als ein Drittel der Hauptbestockungen sind als naturnah oder sehr naturnah einzustufen. Dies entspricht in etwa dem Bundesdurchschnitt. Die Naturnähe der Baumartenzusammensetzung liegt im Staatswald mit einem Anteil von 45% naturnaher bis sehr naturnaher Baumartenmischungen sogar deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Im Kommunal- und Privatwald liegt der Anteil auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts bzw. nur knapp darunter. Auch die deutlich von Naturnähe zeugenden Vorräte von Totholz liegen in Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich auf einem etwas höheren Niveau. Des Weiteren bestätigen die positiven Ergebnisse der Bodenzustandserhebung von 2006, dass neben anderen Maßnahmen auch der Waldumbau zur erheblichen Verbesserung des Bodenzustandes beigetragen hat (vgl. Kapitel 2.2.3). Auch dafür war die Umsetzung einer stark an der naturnahen Waldbewirtschaftung orientierten Bestandespflege eine maßgebliche Voraussetzung.

2.4.5 Forstwirtschaftliche Infrastruktur

Die forstwirtschaftliche Infrastruktur des Landes wurde in den vergangenen 20 Jahren insgesamt mit 43,48 Millionen Euro gefördert. Gerade im Hinblick auf das Konzept der naturnahen Waldbewirtschaftung ist ein gut ausgebautes Wegenetz als wichtige Voraussetzung zur Zielerreichung zu sehen. Darüber hinaus ergeben sich Kosteneinsparungen durch die Möglichkeit einer rationelleren Holzernte und positive Effekte auf die Erholungsnutzung der Wälder. Mit rund 5.600 Kilometer neu gebauter bzw. instand gesetzter Wegstrecke konnte die Erschließung verbessert werden. Wie Abbildung 11 zeigt, wurde vor allem ab dem Jahr 1995 in diesen wichtigen Bereich investiert. Durch die Wegebauförderung wird heute die Walderschließung in Rheinland-Pfalz, überwiegend im Körperschaftswald, den Anforderungen einer zeitgemäßen Waldnutzung gerecht.

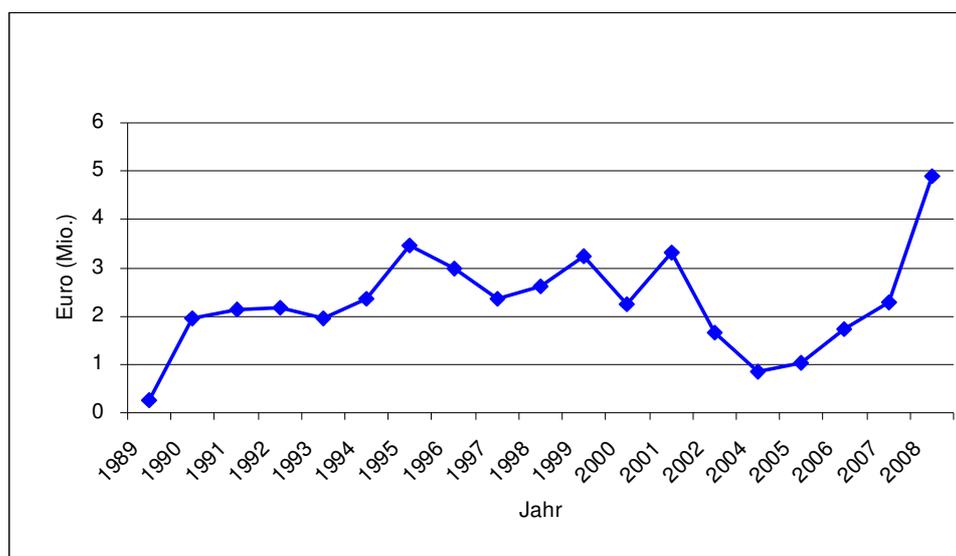


Abbildung 11: Entwicklung der finanziellen Förderung des forstlichen Wegebaus in Rheinland-Pfalz. 1989 bis 2008. Datenquelle: MUFV

2.4.6 Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse

Die direkte Förderung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse betrug insgesamt 1,5 Millionen Euro. Damit wurden Erstinvestitionen (Geräte, Maschinen, Fahrzeuge, Anlage von Holzaufarbeitungsplätzen, Erstellung von Betriebsgebäuden), Gründungskosten, Verwaltung und Fortbildungen (z.B. Waldbauernschulungen) gefördert. Im Verhältnis zur gesamten Fördersumme erscheint dieser Förderbereich mit einem Anteil von 0,5 % sehr gering. Bei dieser Fördersumme handelt es sich jedoch nur um Anreize, die der eigentlichen Strukturverbesserung durch Beratung und Betreuung zu größerer Effektivität verhelfen können.

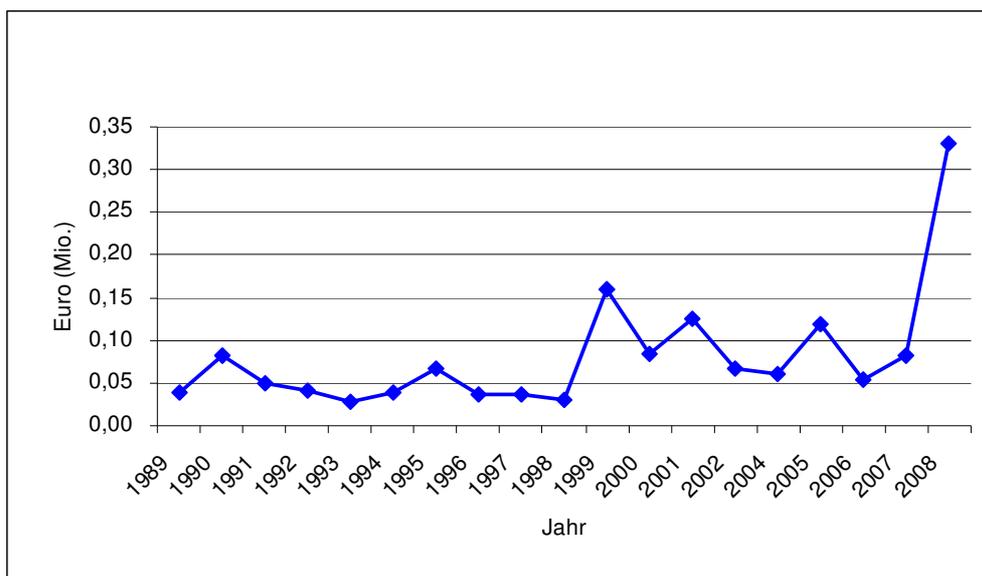


Abbildung 12: Entwicklung der jährlichen Förderungssummen des Fördertatbestandes Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse in Rheinland-Pfalz. 1989 bis 2008. Datenquelle: MUFV

Diese für eine Vielzahl von Waldbesitzern essentielle Beratung und Betreuung wird vom Land Rheinland-Pfalz mit großem Engagement bereitgestellt. Sie ist der indirekten Förderung zuzurechnen und ist somit nicht im hier dargestellten finanziellen Volumen zur Förderung der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse enthalten. Weitere indirekte Förderung wird auch im Rahmen von Aktivitäten wie beispielsweise einer Privatwaldinventur als Informationsgrundlage für wirtschaftliche Entscheidungen oder des Aufbaus einer internetgestützten Waldbörse zur Erleichterung des Grundstückshandels gegeben.

2.4.7 Standort- und strukturschwache körperschaftliche Forstbetriebe

Mit insgesamt 38,82 Millionen Euro wurden in den letzten 20 Jahren standort- und strukturschwache, kommunale Forstbetriebe gefördert. Die Kommunalwaldbewirtschaftung stellt in Rheinland-Pfalz einen Schwerpunkt der Forstwirtschaft dar. Allein seit dem Jahr 2000 bezogen drei Viertel der rund 1.900 waldbesitzenden Gemeinden Fördergelder, um ihre standörtlichen und strukturellen Nachteile zu kompensieren. Diese Kommunen werden damit in die Lage versetzt, ihre obligatorischen Betriebspläne zu erfüllen und ihre Wälder ordnungsgemäß zu pflegen und zu entwickeln.

Im Jahr 1992 wurde diese Maßnahme erstmals in den Fördergrundsätzen als abgegrenzter Bereich eingeführt. Nachdem das Ziel anfangs die Förderung von Gemeindeforstbetrieben war, deren Investitionsbedarf vom laufenden Betrieb nicht gedeckt werden konnte, wurde 1997 ein grundlegend neuer Ansatz zur Ermittlung der förderfähigen Betriebe eingeführt: Fortan wurden Gemeindeforstbetriebe gefördert, die im Hinblick auf ihre natürlichen Gegebenheiten und strukturellen Rahmenbedingungen Nachteile aufweisen. Hierunter sind insbesondere die Leistungsfähigkeit des forstlichen Standorts, die Geländeverhältnisse, die vorhandenen Baumarten, sowie deren Stärkeklassenverteilung zu verstehen. Weiterhin wurde in diesem neuen Ansatz die Marktsituation berücksichtigt, wodurch die stark gesunkenen Fördervolumen der letzten Jahre auf die gestiegenen Holzpreise zurückzuführen sind (vgl. Abb. 13). Bereits vor der Etablierung dieser Fördermaßnahme wurden im Jahr 1990 Gemeindeforstbetriebe unterstützt, welche in besonderem Maße von den Sturmereignissen betroffenen waren.

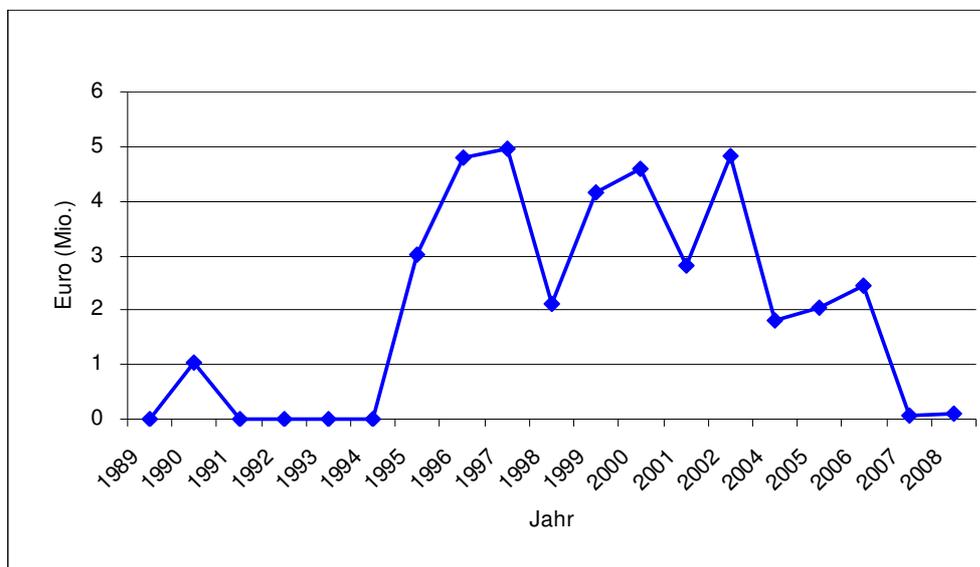


Abbildung 13: Entwicklung der finanziellen Förderung standort- und strukturschwacher körperschaftlicher Forstbetriebe in Rheinland-Pfalz. 1989 bis 2008. Datenquelle: MUFV

Für viele Gemeindeforstbetriebe stellt die Strukturförderung eine der essentiellsten Fördermaßnahmen dar. Dies bestätigen die Ergebnisse einer Umfrage von Vertretern rheinland-pfälzischer Verbandsgemeinden. Erhoben wurde deren Einschätzung der zukünftig wichtigen Fördermaßnahmen.¹⁰

2.5 Resümee

Nach der Darstellung der finanziellen Ströme und des finanziellen Volumens der forstlichen Förderung der letzten 20 Jahre wurde diese anschließend im Hinblick der auf sie wirkenden Trends und Rahmendbedingungen betrachtet. Somit wurde eine ganzheitliche Sicht auf die jüngste Fördergeschichte des Landes Rheinland-Pfalz ermöglicht. Die abschließende Betrachtung der wichtigsten Fördermaßnahmen beleuchtet die Wirkungen dieses forstpolitischen Instruments.

Im Betrachtungszeitraum wurden 330 Millionen Euro für die gemeinwohlorientierte Waldbewirtschaftung aufgewendet. Ein Vergleich zwischen den jährlichen Fördervolumina und den grundlegenden Rahmenbedingungen der Forstwirtschaft hat gezeigt, dass die Forstpolitik auf die verschiedenen Entwicklungen reagieren konnte. So wurde auf die großen Sturmereignisse Vivian und Wiebke mit einem überdurchschnittlichen finanziellen Einsatz reagiert und damit die negativen betriebswirtschaftlichen Auswirkungen abgeschwächt und die Produktivität der Wälder wiederhergestellt. Mit den Auswirkungen der Sturmereignisse verstärkte sich die forstpolitische Ausrichtung nach naturnahen und somit stabileren Wäldern. Die Notwendigkeit einer Wiederaufforstung großer Waldflächen wurde von der forstlichen Förderung als Chance genutzt, den Laubbaumanteil zu erhöhen und auf weitere Maßnahmen hin zu einer naturnahen Waldbewirtschaftung einzuwirken. Darüber hinaus konnte die Baumartenzusammensetzung auf zur Erstaufforstung genehmigten Flächen positiv beeinflusst werden. Dem zu Beginn des Beobachtungszeitraums alarmierenden Zustand der Waldböden wurde mit intensiv geförderten Kalkungsmaßnahmen auf weiten Flächen des Landes begegnet, deren Wirkung sich als sehr positiv herausstellte: Die Bodenversauerung konnte stark eingedämmt werden und Nährstoffkreisläufe wieder in Gang gesetzt werden, womit sich der Zustand der Waldböden erheblich verbessert hat.

Die Herkunft der finanziellen Mittel für die forstliche Förderung hat sich im Laufe der letzten 20 Jahre dahingehend entwickelt, dass zunehmend Mittel von Seiten der EU flossen und gleichzeitig die Verwendung von Landesmitteln reduziert werden konnte. Neben einem erhöhten administrativen Aufwand mussten die EU-kofinanzierten Maßnahmen in Einklang mit den EU-Richtlinien gebracht werden.

Durch finanzielle Anreize zur Verbesserung von forstlichen Strukturen wurden viele Waldbesitzer in die Lage versetzt, die Ansprüche einer multifunktionalen Forstwirtschaft zu erfüllen. Der Ansatz der Hilfe zur Selbsthilfe stellt einen Grundpfeiler einer zeitgemäßen Förderung dar und wird bereits in vielen Fördermaßnahmen umgesetzt. Beispiele hierfür sind die Förderung des Ausbaus der forstlichen Infrastruktur, die Förderung struktur- und

¹⁰ ZIL-Bericht (Befragt wurde 43 Vertreter von rheinland-pfälzischen Verbandsgemeinden.)

standortschwacher Forstbetriebe, die Förderung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse und das Angebot von Waldbauernschulungen.

3. Perspektiven

Durch die rückblickende Analyse der forstlichen Förderung im Kontext ihrer Rahmenbedingungen und ihrer Auswirkungen wurde ersichtlich, dass im Zeitraum der letzten 20 Jahre durch das Instrument der Förderung beachtliche waldbauliche und strukturelle Entwicklungen gesteuert werden konnten. An diesem Punkt stellt sich aber auch die Frage, welches die wichtigen Rahmenbedingungen in der Zukunft sein werden und in welcher Form sich die forstliche Förderung darauf ausrichten kann.

3.1 Zukünftige Herausforderungen für die Forstwirtschaft

Aus einer breit angelegten Delphi-Befragung zum Thema „Die Zukunft der Waldnutzung in Deutschland“¹¹ gehen drei zentrale Herausforderungen hervor, welche die Wald- und Forstwirtschaft bis zum Jahr 2020 bestimmen werden. Dies sind nach Einschätzung der 640 befragten Experten aus der Forst- und Holzwirtschaft, der Waldforschung, Verbänden und Verwaltungen die zunehmende Nachfrage nach dem Rohstoff Holz, die Globalisierung der Holzmärkte und der Klimawandel. Angesichts einer erwarteten zunehmenden ökonomischen Ausrichtung der Forstwirtschaft befürworten die Experten eine stärkere Unterstützung ökologischer Waldfunktionen.

Um diesen in naher Zukunft liegenden Herausforderungen begegnen zu können, sind geeignete Strategien und Steuerungsmöglichkeiten der Forstwirtschaft nötig. Die Experten prognostizieren insgesamt, dass die Forstwirtpolitik mit erheblichen Steuerungserfordernissen konfrontiert werden wird. In Bezug auf die steigende Nachfrage nach Holz tendieren sie zu einer verstärkten Mobilisierung ungenutzter bzw. unternutzter Potentiale und einer Forcierung der Zertifizierung von Importholz. Der Globalisierung der Holzmärkte würde der Großteil der Befragten mit auf den Forstsektor übergreifenden Netzwerkstrukturen und Kooperationen zwischen Forstbetrieben im Bereich der Produktion oder Vermarktung entgegenzutreten. Im Rahmen von neuen Kooperationsformen gewinnen Kommunikations- und Marketingstrategien an Bedeutung. Als weitere Betriebsstrategie zeigen die Experten die Erschließung von neuen Geschäftsfeldern auf.

3.2 Folgerungen für die Förderung

Im Hinblick auf die zuvor skizzierten zukünftigen Herausforderungen für die Forstwirtschaft stellt sich die Frage, in welcher Form die Förderung in Rheinland-Pfalz weiter entwickelt werden muss, um den vielseitigen Ansprüchen an den Wald begegnen zu können.

¹¹ Vgl. BEHRENDT; et al. (2008)

Die rheinland-pfälzische wie auch die bundesweite Förderlandschaft ist bisher von einer starken Maßnahmenbezogenheit gekennzeichnet. Dieses System ist in Zeiten mit wechselnden Anforderungen bzw. unsicheren Leitbildern mit Risiken behaftet. Die Ergebnisse des Projektes „Waldzukünfte“¹² zeigen, dass bezüglich der Entwicklung der einzelnen zukünftigen Rahmenbedingungen keine genauen Prognosen möglich sind. In einem Punkt sind sich die Experten jedoch einig: Die Waldeigentümer werden zukünftig mit einer großen Bandbreite an Herausforderungen konfrontiert werden. Daraus kann die Anzahl und Intensität von Zielkonflikten zunehmen. Um einen Konsens zwischen den vielfältigen Interessen an der Ressource Wald herzustellen, werden forstpolitische Instrumente zukünftig eine zentrale Rolle einnehmen.

Wie sich in dieser Studie gezeigt hat, hat sich die forstliche Förderung grundsätzlich als effektives Instrument erwiesen. So wird bei aller Problematik nach wie vor die maßnahmenbezogene Förderung des Waldumbaus ein geeignetes Instrument sein, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen. Um die steigende Nachfrage nach dem Rohstoff Holz befriedigen zu können, wird eine zukunftsfähige Forstpolitik mehrere Förderwege beschreiten müssen, angefangen von der Waldflurbereinigung zur Verbesserung der Eigentumsstruktur über die Förderung der Walderschließung bis zur Unterstützung eigener Initiativen der Waldbesitzenden durch Förderung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse. Zusammenschlüsse, Netzwerke und Cluster sind unverzichtbar, wenn es um die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Forst- und Holzsektors auf globalisierten Märkten geht. Hier ist Rheinland-Pfalz in der laufenden Förderperiode mit der Clusterförderung auf einem zukunftsgerichteten Weg.

Um die forstliche Förderung für die zukünftigen Aufgaben fit zu machen, müssen allerdings flexiblere Förderstrukturen geschaffen werden. Dies impliziert offenere, auf regionale Unterschiede ausgerichtete Fördervorgaben durch den Bund und die EU. Damit würde ein bei punktuell eintretenden Kalamitäten notwendiges Risiko-Management vereinfacht. Zudem könnten präventiv wirkende regionale Netzwerke aufgebaut werden und die Förderung von regionalen Pilotprojekten unterstützt werden. Daraus könnten neue pro-aktive Lösungsansätze für das Management einer komplexer werdenden Waldwirtschaft gewonnen werden.

Durch die Vielzahl an verschiedenen Ansprüchen entstehen erhebliche Zielkonflikte. Soll diesen mit den aufgeführten flexiblen, teilweise regional unterschiedlichen Förderansätzen begegnet werden, ist eine klare Leitbildentwicklung nötig. Zukünftige Fördergrundsätze sollten sich folglich auch an diesen als Entscheidungshilfen fungierenden Leitbildern ausrichten und nicht rein maßnahmenbezogen gestaltet sein.

¹² Vgl. BEHRENDT et al. (2008)

4. Literaturverzeichnis

AGDW (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände) (2002). Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse mit erweiterten Aufgaben. Zusammenfassender Abschlussbericht des Bundeskongresses für Führungskräfte forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse vom 13. bis 15. November 2001 in Würzburg. In: AFZ/Der Wald 57/1: 16 S.

BEHRENDT, S., DETTEN, R. v., ERDMANN, L., KNOLL, M., MICKLER, T.; RUPP, J., SCHRAML, U. WURZ, A. (2008). Delphireport: Die Zukunft der Waldnutzung in Deutschland. Online unter URL: www.ioew.de/home/downloaddateien/Waldzukuenfte_Delphireport_Zukunft_Wald.pdf (Zugriff: 19.06.2009)

KROTT, M. (2001). Politikfeldanalyse Forstwirtschaft. Eine Einführung für Studium und Praxis. Berlin (Pareys)

KURKI, M. (1990). Untersuchungen der Förderung der Forstwirtschaft in Baden-Württemberg unter Berücksichtigung der Subventionstheorie und Evaluierungsforschung. Diss. Universität Freiburg

MERLO, M.; PAVERY, M. (1997). Formation and implementation of forest policies: a focus on the policy tools mix. XI. World forestry congress. Antalya

VOLZ, K.-R. (1989). Die Förderung der Forstwirtschaft, Konzepte und Perspektiven. Forstwissenschaftliches Centralblatt 108: 83-95

Sonstige und Internetquellen:

Bodenzustandserhebung (2006). Bodenzustandserhebung von Rheinland-Pfalz. Online unter URL: http://www.mufv.rlp.de/boden/vorsorgender_bodenschutz/bodenzustandsberichte.html

BWI (2002). Die Bundeswaldinventur. Online unter URL: www.bundeswaldinventur.de/enid/4h.html (Letzter Zugriff 19.06.2009)

Förderungsgrundsätze des Landes Rheinland-Pfalz. Unveröffentlichte Zusammenstellung des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz. Förderungsgrundsätze der Jahre 1989 bis 2008

Waldzustandsbericht (2008). Waldzustandsbericht von Rheinland-Pfalz. Online unter URL: http://www.wald-rlp.de/fileadmin/website/fawfseiten/fawf/downloads/WSE/2008/Waldzustandsbericht__2008.pdf

ZIL (2009): Ex-post-Bewertung des Entwicklungsplans Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum Rheinland-Pfalz (ZIL). Online unter URL: www.mwvlw.rlp.de/internet/nav/526/5269be37-4255-01be-5926-ffe52681edc8&class=net.icteam.cms.utils.search.AttributeManager&class_uBasAttrDef=a001aaaa-aaaa-aaaa-eeee-000000000054.htm (Letzter Zugriff 19.06.2009)